17 Samstag, 20. Februar 2021 Eduffhaufer Radvidsten

# Chroobach-Gruppe testet den Goodwill

Das Windpark-Projekt Chroobach tritt in die heisse Phase. Alles steht und fällt mit einer Zonenplanänderung, welche die Gemeinde Hemishofen nun an die Hand nimmt. Mit einer «Windaktie» soll die Bevölkerung im Oberen Kantonsteil für das Projekt gewonnen werden.

#### Mark Liebenberg

Im Windschatten der Coronakrise sind die Windkraftpläne der Projektgemeinschaft Chroobach im letzten Jahr weit gediehen. Dem geplanten Windpark mit vier 200-Meter-Turbinen auf dem Hemishofer Hausberg steht nun der letzte grosse Test bevor: Die Standortgemeinde Hemishofen muss eine Teilrevision der Nutzungsplanung an die Hand nehmen, damit die Projektgruppe um die beiden Energieunternehmen EKS AG und der städtische SH Power das Vorhaben überhaupt erst als Bauprojekt einreichen können. Alles steht und fällt dann irgendwann mit einer Gemeindeversammlung des 474 Seelen zählenden Hemishofen, welche dieser Änderung des Zonenplans zur Schaffung einer Windenergiezone zustimmen muss.

Auf diesen Zeitpunkt hat die Projektgemeinschaft nunmehr acht Jahre lang hingearbeitet. Dass die Gemeinde noch dieses Jahr die dazu notwendigen Schritte unternimmt, ist realistisch. Projektleiter Patrick Schenk sagt: «Den Antrag an die Gemeinde haben wir gestellt, jetzt planen wir im Dialog mit Hemishofen die nächsten Schritte. Ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen liegt uns als Projektgemeinschaft am Herzen.» Als Grundlage dient der Umweltverträglichkeitsbericht, den die Windpark-Projektgemeinschaft nun finalisiert haben.

## Testen, wie die Bevölkerung tickt

Darin ist nun auch genau festgelegt, welcher Windrad-Typ geplant ist: Vier Turbinen von Enercon E-138 mit einer Leistung von je 4,2 Megawatt, einer Nabenhöhe von 130 Metern und einem Rotordurchmesser von 138 Metern sollen die Windkraft auf dem Chroobach ernten. Schenk: «Mit der Anlage könnte das Zweifache der Strommenge, welche die Bevölkerung des oberen Kantonsteils aktuell jährlich verbraucht, produziert werden.» Auch wo genau im Wald die vier Turbinen zu stehen kommen, wurde festgelegt.

Und zeitgleich zündet die Projektgemeinschaft nun mehrere Stufen einer Informationskampagne, um zumal der lokalen Bevölkerung das Vorhaben schmackhaft zu machen. Coronabedingt setze man zunächst auf digitale Formate als «Austauschmöglichkeiten» so Schenk Wir wol-



len direkt und umfassend über das Projekt informieren.» Geplant sei unter anderem ein Themenweg im Chroobach-Wald selber, damit sich die Bevölkerung vor Ort ein Bild von den Dimensionen des Vorhabens machen kann.

Vor allem aber will das Chroobach-Team jetzt gewissermassen den Goodwill bei der ansässigen Bevölkerung testen. Mit einer Art Bürgerbeteiligung am geplanten Windpark: Mit der Realisierung des Windparks sollen die Bevölkerung und die fünf Gemeinden des oberen Kantonsteils die Möglichkeit erhalten, vor allen anderen Interessenten sogenannte Windaktien zu zeich-

Jetzt ist die Standortgemeinde am Zug: Stimmen die Hemishofener 2021 dem umstrittenen Windpark auf dem Chroobach zu? (Im Bild eine Visualisierung der Windenergieanlage von Buch her gesehen)

VISUALISIERUNG ZVG

nen. Beispiele aus Deutschland zeigten, dass sich solche Beteiligungsformen grosser Beliebtheit erfreuen, sagt Schenk. «Die lokale Bevölkerung kann so aktiver Teil der Energiewende werden, damit steigt auch die Identifikation der Beteiligten mit dem Windenergieprojekt.»

Anteile à 100 Franken sollen erworben werden können – allerdings erst ab jenem Zeitpunkt, in dem eine Betreibergesellschaft gegründet ist. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man erst sein Interesse bekunden, erklärt Schenk. «Wir kündigen das Angebot bereits jetzt an, um früh Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu erhalten.»

# PSZ, Kammgarn, Pflegezentrum: Kesslers Baustellen

Das Polizei- und Sicherheitszentrum (PSZ) in Herblingen ist seit dem Spitalneubau in den Siebzigerjahren das grösste Bauvorhaben, das der Kanton Schaffhausen realisiert. 105 Millionen Franken teuer wird der Gebäudekomplex mit Gefängnis, Hauptquartier für Polizei und Staatsanwaltschaft sowie einem neuen Quartier für das Strassenverkehrsamt.

Fertiggestellt werden soll das PSZ Ende 2014, in Betrieb genommen dann im Jahr darauf. Kantonsbaumeister Mario Läubli sagt: «Damit sind wir absolut im Terminplan.» Diesen habe auch Corona nicht durcheinandergeworfen. Der sogenannte Generalplanervertrag mit dem Zürcher Büro Steigerconcept wurde im März unterzeichnet. Dieses Büro plant im Auftrag des Kantons und zusammen mit allen Fachplanern das Vorprojekt. «Es wurde intensiv gearbeitet», sagt Läubli. «Es ist, wie wenn man einen Teig knetet und man weiss nur, am Ende soll es ein Zopf werden.» Alle betrieblichen Abläufe mussten mit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Gefängnis definiert und ein Raumprogramm erstellt werden. Ein architektonischer Entwurf werde im Mai vorliegen.

## PSZ: Aushub Anfang 2023

Ganz anders, als in der Volksabstimmung 2018 visualisiert, werde das Endprodukt nicht aussehen, sagt der Kantonsbaumeister. «Im bisherigen Planungsverfahren hat sich gezeigt, dass sich die ursprüngliche Planung bewährt hat.» Verzichtet habe man unter anderem aus energetischen Gründen allerdings auf Innenhöfe im Bürohochbau und im Gefängnis. «Damit sich die Inhaftierten im Freien bewegen können, haben wir eine bessere Lösung auf dem Areal gefunden», sagt Läubli. «Keine Sorge, entwischen können sie dort nicht.»

Ende des laufenden Jahres soll das Baugesuch eingegeben werden. Danach erfolgen die Ausschreibungen für die Bauausführungen. «Im ersten Quartal 2023 wollen wir mit dem Aushub beginnen», sagt Läubli.

Beim benachbarten Strassenverkehrsamt ist der Wettbewerb abgeschlossen und man stehe kurz vor dem Zuschlag an einen Gesamtleister, erklärt Läubli. Dort geht es schneller, Ende 2023 soll die Baute stehen. «Sie wird übrigens ganz aus Holz beschaffen sein.»

## Ausbau in der Kammgarn West

Der zweite grosse Brocken im kantonalen Baudepartement wird in den kommenden Jahren der Umzug der Pädagogischen Hochschule in zwei Geschosse der Kammgarn West sein. Im Lead ist hier die Stadt: Das Gebäude muss zuerst für den Innenausbau ertüchtigt werden. Die Böden werden erneuert, es gibt eine neue vertikale Verbindung mit Lift und Fluchttreppe. «Der Kanton ist nur für den Innenausbau der beiden Stockwerke für die Hochschule zuständig.» Hier sei man in die Planungsschritte der Stadt involviert. Sobald Termine feststehen, werde man die Aufträge erteilen können. Für den Kauf der Flächen und den Ausbau sind gesamthaft gut 17 Millionen in einer Volksabstimmung bewilligt. Und Teil des Deals ist, dass die Stadt das Areal des ehemaligen Pflegezentrums auf dem Geissberg dem Kanton für gut neun Millionen Franken abkauft.

Der Kanton wird das Pflegezentrum-Gebäude vorher abreissen müssen. Aber die Tage des Gebäudes werden erst in zwei Jahren gezählt sein. Bis dann nämlich ist dort seit einem Monat das Altersheim Casa Viva Chläggi eingemietet – zur Kostenmiete, wie der Kanton mitteilte. Seit dem Auszug der letzten Pflegepatienten 2016 stand das Gebäude zunächst leer – und wurde dann zu einem zentralen Ort in der Coronakrise. Tausende Schaffhauserinnen und Schaffhauser sind seit März 2020 dort zum Coronatest angetreten.

Daneben sind es vor alle zwei weitere grosse Bauvorhaben, die im Kanton realisiert werden – obwohl er dort nicht selber als Bauherr involviert ist. Zum einen der 270 Millionen Franken teure Spitalneubau, welchen die Spitäler selber finanzieren. Geplante Eröffnung 2024. In der Verantwortung der Kantonalen Gebäudeversicherung dagegen liegt der Bau einer Trainingsanlage für Feuerwehr und Zivilschutz in Beringen. (*lbb*)

#### **Nachgefragt**

Mehr Sportmöglichkeiten für Kinder

Eine Online-Petition fordert, die Freizeitanlage KSS per 1. März für Kinder unter 16 Jahren zu öffnen. / 19

# «Politisch ist nun alles aufgegleist»



**Martin Kessler** Schaffhauser Baudirektor

Wie blicken Sie als Energiedirektor der jetzigen heissen Phase im Chroobach-Projekt entgegen? Kessler: Wir haben jetzt acht Jahr

Kessler: Wir haben jetzt acht Jahre lang die Vorarbeit geleistet, den Richtplan geändert, der Kantonsrat und der Bundesrat hat ihm zugestimmt. Die Schaffhauser Politik hat meiner Ansicht nach den Willen bekundet, dass der Windpark gebaut werden soll. Jetzt ist es an der Gemeinde Hemishofen, vorwärtszumachen. Die Projektträger brauchen jetzt endlich Klarheit.

Welches ist dieses Jahr der grösste Brocken für Sie als Baudirektor? Martin Kessler: Politisch ist ja nun mit Volksabstimmungen und gesproche-

nen Krediten alles aufgegleist. In der Begleitung und letztlich der Aufsicht über und die Umsetzung der Planungen bin ich aber sehr wohl involviert. Beim Polizeizentrum, dem grössten Vorhaben, gar zusammen mit zwei weiteren Regierungsmitgliedern im Steuerungsausschuss. Es ist nicht so, dass ich bis zur Fertigstellung nichts mehr zu tun habe und einfach 2024 noch ein Band durchschneide.

Die Folgen von Corona werden teuer werden, der Kanton rechnet mit roten Zahlen für mehrere Jahre. Entsteht nun ein Druck, bei den Bauprojekten allenfalls zu sparen? Kessler: Das Ziel ist es, diese Bauvorhaben so abzuliefern, wie sie die Stimmbevölkerung qualitativ, kostenmässig und terminlich bestellt hat. Die Projekte sind ja so gestaltet, dass die Investitionen jetzt getätigt werden und in der Erfolgsrechnung über viele Jahre abgeschrieben werden. Es wäre in der gegenwärtigen Lage auch nicht sinnvoll, wenn der Staat seine Investitionen zurückhalten würde. Wirtschaft und Baugewerbe profitieren ja davon, dass wir unsere Aufträge auslösen.

#### Wie kann der Kanton sicherstellen, dass auch das lokale Baugewerbe davon profitiert?

**Kessler:** Das Submissionsrecht macht der öffentlichen Hand zahlreiche Vorgaben. Wir sind nicht frei zu bestimmen, dass alles im Kanton bleibt. Aber grundsätzlich wählen wir die Vergabemodelle so, dass auch lokale Unternehmen die Chance haben, sich zu bewerben. Zum Beispiel indem Werkgruppen gebildet werden in denen auch Schaffhauser Unternehmen Einsitz nehmen. So könnte also beispielsweise ein Zürcher Büro das Gebäude projektieren, aber eine Schaffhauser Firma die Heizung planen. Und wenn immer wir im sogenannten freihändigen Verfahren Aufträge vergeben können, holen wir bei ansässigen Unternehmen Offerten ein. Bei unseren Projekten sind wir es aber letztlich dem Steuerzahler schuldig, dass der beste Bewerber den Zuschlag bekommt.